

Satzung des Deich- und Hauptsielverbandes Eiderstedt

Aufgrund des § 6 des Wasserverbandsgesetzes - WVG - vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405), geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 15. Mai 2002 (BGBl. I S. 1578) und des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über Wasser- und Bodenverbände (Landeswasserverbandsgesetzes – LWVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Februar 2008 (GVObI. Schl.-H. S. 86) wird folgende Satzung erlassen:

P R Ä A M B E L

Aus Gründen der sprachlichen Verständlichkeit wird die nachstehende Satzung in der männlichen Form abgefasst. Durch die hier gewählte Formulierung sind jedoch weibliche und männliche Betroffene in gleicher Weise gemeint.

1. Abschnitt

Name - Sitz - Mitglieder - Aufgabe – Unternehmen

§ 1

(zu §§ 3, 6 WVG)

Name, Sitz, Verbandsgebiet

- (1) Der Verband führt den Namen Deich- und Hauptsielverband Eiderstedt und hat seinen Sitz in Garding, Kreis Nordfriesland. Er ist als Wasser- und Bodenverband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts gemäß § 1 WVG. Er ist Nachfolger des ehemaligen III. Schleswigschen Deichverbandes in Garding.
- (2) Der Verband ist Oberverband für die ihm angehörigen Sielverbände (Wasser- und Bodenverbände) im Sinne von § 72 WVG.
- (3) Der Verband ist Mitglied im Gewässer- und Landschaftsverband Husumer Au und nördliches Eiderstedt sowie im Gewässer- und Landschaftsverband Tideeider.
- (4) Der Verband umfasst das Gebiet seiner in § 2 genannten Mitglieder.
- (5) Der Verband führt das kleine Landessiegel mit der Inschrift Deich- und Hauptsielverband Eiderstedt.

§ 2

(zu §§ 4, 6 und 22 WVG)

Mitglieder

(1) Die nachfolgenden Wasser- und Bodenverbände (Sielverbände) sind als Unterverbände gemäß § 72 WVG Verbandsmitglieder.

1. Saxfähre
2. Reimersbude
3. Spuitsiel
4. Rothenspieker
5. Norderwasserlösung
6. Katingsiel
7. Ehstensiel
8. Tümlauerkoog-Schleuse
9. Süderheverkoog-Schleuse

10. Westerhever-Augustenköge
11. Norderheverkoog-Schleuse
12. Tetenbüllspieker
13. Norderfriedrichskoog
14. Uelvesbüll-Adolfskoog
15. Simonsberger Koog
16. Finkhaushallig Koog
17. Südermarsch

- (2) Das Mitgliederverzeichnis wird vom Vorstand fortgeschrieben und von der Geschäftsführung aufbewahrt.
- (3) Der Mitgliedsbeitrag entspricht dem Flächenmaßstab und wird mit der Haushaltssatzung festgelegt.
- (4) Die Gemeinde Mildstedt ist Mitglied des Deich- und Hauptsielverbandes Eiderstedt.

§ 3
(zu §§ 2, 6 WVG, 2 LWVG)
Aufgaben

Der Verband hat die Aufgaben (§§ 2 WVG und 2 LWVG):

1. Ausbau einschließlich naturnahem Rückbau und Unterhaltung von Gewässern,
2. Bau, Unterhaltung und Rückbau von Anlagen in und an Gewässern auch durch den Einlass von Salzwasser durch die Landesschutzdeichsiele Everschop und Lundenbergsand,
3. Herstellung und Unterhaltung von ländlichen Wegen und Straßen,
4. Herstellung, Beschaffung, Betrieb und Unterhaltung sowie Beseitigung von gemeinschaftlichen Anlagen zur Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen,
5. Schutz von Grundstücken vor Sturmflut und Hochwasser einschließlich notwendiger Maßnahmen im Deichvorland,
6. Verbesserung landwirtschaftlicher sowie sonstiger Flächen einschließlich der Regelung des Bodenwasser- und Bodenlufthaushalts,
7. Herstellung, Beschaffung, Betrieb, Unterhaltung und Beseitigung von Anlagen zur Be- und Entwässerung,
8. technische Maßnahmen zur Bewirtschaftung des Grundwassers und der oberirdischen Gewässer,
9. Geschäftsführung für Sielverbände und andere Wasser- und Bodenverbände und Unterstützung bei Erfüllung deren satzmäßigen Aufgaben,
10. Abwasserbeseitigung, Betrieb des Regenwasserkanalnetzes in der Gemeinde Mildstedt
11. Abfallentsorgung im Zusammenhang mit der Durchführung von Verbandsaufgaben,
12. Herrichtung, Erhaltung und Pflege von Flächen, Anlagen und Gewässern zum Schutze des Naturhaushalts, des Bodens und für die Landschaftspflege,
13. Förderung der Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft und Fortentwicklung von Gewässer-, Boden- und Naturschutz,
14. Maßnahmen zur Bewirtschaftung und zum Schutz des Grundwassers und der oberirdischen Gewässer,
15. Erwerb, Herrichtung, Erhaltung und Pflege von Flächen, Anlagen und Gewässern zum Schutz und zur Verbesserung des Naturhaushalts, der Gewässergüte, des Bodens und für die Landschaftspflege,

16. Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wasser- und Bodenverbänden, der Landwirtschaft und kommunalen Körperschaften,
17. Förderung und Überwachung vorstehender Aufgaben.

§ 4
(zu §§ 5, 6 WVG)
Unternehmen, Plan

(1) Zur Durchführung seiner Aufgaben obliegen dem Deich- und Hauptsielverband für das Gebiet seiner Mitglieder

1. Die Unterhaltung von Deichen mit Zubehör, Schleusen und Uferschutzwerken (Hochwasserschutz), soweit diese Anlagen durch Beschluss der Verbandsversammlung übernommen worden sind.
2. Der Ausbau und die Unterhaltung von Außentiefs an der Eider; ferner der Ausbau und die Unterhaltung von Hauptvorflutern (Sielzügen), Schöpfwerken, Brücken, Durchlässen, Sielen und Stauanlagen, soweit diese Anlagen durch Beschluss der Verbandsversammlung übernommen werden.
3. Die Überwachung der ihm angehörigenden Sielverbände (Verbandsunternehmen).

(2) Grundlage für den Ausbau und die Unterhaltung der Verbandsanlagen sind die für den Hochwasserschutz festgestellten genehmigten rechnerischen Abmessungen (Bestick), das Anlagenverzeichnis das die Unterhaltungspflichten des Verbandes im Einzelnen enthält und Ausbaupläne nach § 31 BAG. Das Anlagenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Es wird vom Verband aufgestellt und von der Aufsichtsbehörde genehmigt. Je eine Ausfertigung wird beim Verband und bei der Aufsichtsbehörde hinterlegt.

(3) Für das Gebiet der Gemeinde Mildstedt betreibt und unterhält der Verband ein Kanalnetz für die Regenwasserbeseitigung.

§ 4a
Beratung, Betreuung und Vertretung der Sielverbände

(1) Der Deich- und Hauptsielverband betreut die angehörigenden Sielverbände, um sicherzustellen, dass sie im Einklang mit den Gesetzen und der Satzung verwaltet werden. Der Verbandsvorsteher kann an den Sitzungen der Organe der Sielverbände teilnehmen, er kann jederzeit das Wort ergreifen.

(2) Der Verbandsvorsteher kann sich, auch durch Beauftragte, über alle Angelegenheiten der Sielverbände unterrichten, mündliche und schriftliche Berichte, sowie Akten und alle Unterlagen anfordern, an Ort und Stelle prüfen und besichtigen. Der Verbandsvorsteher ist zu allen Verbandsschauen der Sielverbände einzuladen.

§ 5
(zu §§ 6, 33 WVG)

Benutzung der Grundstücke dinglicher Verbandsmitglieder

(1) Zur Durchführung seines Unternehmens kann der Verband zweckentsprechende Maschinen einsetzen. Die Grundstückseigentümer oder -besitzer sind verpflichtet, diese Maschinen auf ihren Grundstücken aufzunehmen und das Befahren ihrer Grundstücke sowie deren Überqueren durch Personal des Verbandes zu dulden. Er darf die für das Unternehmen nötigen Stoffe (Steine, Erde, Rasen usw.) von diesen Grundstücken nehmen, soweit sie land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden oder Unland oder Gewässer sind, wenn nicht ordnungsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.

(2) Die Anlieger an den Gewässern und Rohrleitungen, bei ungenügender Breite der Anliegergrundstücke auch die Hinterlieger, haben jederzeit unentgeltlich die Inanspruchnahme ihrer Grundstücke für die Ausführung der Unterhaltungs- und Wiederherstellungsarbeiten an den Gewässern, Anlagen und Rohrleitungen von Hand oder mit Maschinen zu dulden. Anlieger und Hinterlieger haben den Aushub auf ihren Grundstücken unentgeltlich aufzunehmen (§ 30 Abs. 2). Die Inanspruchnahme der Grundstücke und die Lagerung des Aushubs haben, wenn die Verhältnisse es ohne wesentlichen Mehraufwand gestatten, unter Berücksichtigung der Zumutbarkeit für den Eigentümer wechselnd rechts- und linksseitig des Gewässers zu erfolgen. Wenn eine Grundstücksseite durch Bebauung, Bepflanzung oder andere Vorschriften nicht zur Aufnahme des Grabenaushubs herangezogen werden kann, muss der Vorteilhabende dem, der den Nachteil hat, einen Ausgleich zahlen, wenn nicht andere Vorschriften dagegen sprechen. Die Höhe des Ausgleiches in Geld wird vom Vorstand festgesetzt.

(3) Die Deichgrundstücke dürfen nur mit Schafen, ausnahmsweise mit Rindern (kleiner 400 kg) - ausgenommen Bullen - mit Zustimmung der zuständigen Deichbehörde bewirtschaftet, bzw. müssen auf Anordnung des Verbandes gemäht werden.

§ 6
(zu § 6 WVG, §§ 48, 75 LWG)
Weitere Beschränkungen

(1) Grundstücke im Verbandsgebiet dürfen nur so bewirtschaftet werden, dass die Unterhaltung und Erhaltung der Gewässer in einem ordnungsgemäßen Zustand gemäß § 38 LWG nicht beeinträchtigt wird.

(2) Die Besitzer der an ein Gewässer des Verbandes grenzenden, als Weide genutzten Grundstücke können zur wehrhaften Einzäunung und deren Unterhaltung verpflichtet werden. Der Zaun muss mindestens 0,50 m Abstand von der oberen Böschungskante haben und darf die Gewässerunterhaltung nicht erschweren. Die Grabenendverrohrungen sind in der durchgehenden Flucht des einmündenden Gewässers einzuzäunen und mit einer Hecköffnung von mindestens 4,0 m Durchfahrtsbreite zu versehen, deren Verschluss so eingerichtet sein muss, dass eine zügige Durchführung der Gewässerunterhaltung gewährleistet ist. Die Heckpfähle müssen ausreichend gesichert sein.

(3) Das an ein Gewässer des Verbandes grenzende Ackerland darf innerhalb eines Abstandes von 0,50 m von der oberen Böschungskante nicht bestellt werden.

(4) Die Böschungen und ein Schutzstreifen von 8,00m Breite längs der Verbandsgewässer müssen von Anpflanzungen und baulichen Anlagen freigehalten werden. Ausnahmen können widerruflich vom Verband zugelassen werden. Die Anlieger haben zu dulden, dass der Verband die Böschungen und die Ufer bepflanzt, soweit dies für die Unterhaltung erforderlich ist. Sie können verpflichtet werden, die Ufergrundstücke in erforderlicher Breite so zu bewirtschaften, dass die Unterhaltung nicht beeinträchtigt wird. Die Erfordernisse des Uferschutzes sind bei der Nutzung zu beachten.

- (5) Innerhalb der bebauten Ortslage dürfen Ufergrundstücke grundsätzlich nicht näher als 5 m bis an das offene Gewässer (bei Rohrleitungen nach der Tiefenberechnung) heran bebaut werden.
- (6) Verrohrte Gewässer und Rohrleitungen, die vom Verband zu unterhalten sind, müssen in einem Abstand von 5,0 m nach jeder Seite der Rohrleitungsachse von jeglicher Bebauung frei bleiben. Bäume und stark- sowie tief wurzelnde Sträucher dürfen in dem vorgenannten Bereich nicht gepflanzt werden. Kontrollschächte müssen jederzeit zugänglich sein.
- (7) Die im Zuge der vom Verband zu unterhaltenden Gewässer vorhandenen Endverrohrungen, die eine Rohrlänge von mindestens 7,0 m haben sollen, werden vom Verband unterhalten. Sie dürfen nicht ohne Zustimmung des Verbandes in ihrer Lage verändert werden.
- (8) Die im Zuge von Gewässern vorhandenen Rohrdurchlässe oder Brücken in Parzellenzufahrten dürfen nicht ohne Zustimmung des Verbandes in ihrer Lage verändert werden. Die Unterhaltung dieser Anlagen obliegt den Grundstückseigentümern. Rohrdurchlässe und Brücken sind von den Grundeigentümern in einem verkehrssicheren Zustand zu erhalten.
- (9) Viehtränken, Übergänge, Wasserentnahmestellen, Drainanschlüsse an den Kontrollschächten u.ä. Anlagen an den Verbandsanlagen sind nach Angabe des Verbandes so anzulegen und zu unterhalten, dass sie die Verbandsunternehmen nicht hemmen. Sie bedürfen vor ihrer Anlage der Genehmigung des Verbandes unbeschadet erforderlicher Genehmigungen nach Wasserrecht.
- (10) Die Eigentümer der zum Verband gehörenden Grundstücke haben zugunsten des Verbandsunternehmens ein unterirdisches Durchleiten von Wasser in Rohrleitungen und die Unterhaltung dieser Leitungen einschließlich der Kontrollschächte zu dulden.
- (11) Drainerläufe, die in die vom Verband zu unterhaltenden Gewässer einmünden, sind von den Grundstückseigentümern so anzulegen und zu markieren, dass sie bei den Unterhaltungsarbeiten nicht beschädigt werden und diese nicht hemmen. Sie und die Markierungen sind von den Grundeigentümern zu unterhalten. Eine Haftung des Verbandes für Schäden an den Drainerläufen und den Markierungen erfolgt nur bei deren ordnungsgemäßen Unterhaltung. Art und Umfang der Markierung können durch den Verband besonders vorgeschrieben werden.
- (12) Weitergehende gesetzliche Bestimmungen über Schutzstreifen, Uferrandstreifen u.a. bleiben von den Regelungen der Absätze 2 und 3 unberührt.

§ 7
(zu §§ 44, 45 WVG)
Verbandsschau

Es ist jährlich eine Schau der Gewässer und Anlagen des Verbandes durchzuführen. Die Verbandsanlagen werden stichpunktartig geschaut. Schauführer ist der Vorstandsvorsitzende.

Schaubeauftragte sind die Deichratmänner und die Vorsteher des Mitgliedsverbandes, in deren Gebiet die Anlagen sind, bzw. an deren Gebiet sie angrenzen. Die Schauen können auch im Zuge der Gewässerschauen bei den Mitgliedern nach § 2 erfolgen. Über Verlauf und Ergebnis der Schau ist eine Niederschrift zu fertigen. Der Vorstand veranlasst die Beseitigung festgestellter Mängel.

2. Abschnitt
Verfassung
§ 8
(zu §§ 6,46 WVG)
Organe

Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung und der Vorstand. Die Verbandsversammlung führt die Bezeichnung Deichversammlung, der Vorstand die Bezeichnung Deichamt. Aus Gründen der sprachlichen Verständlichkeit wird im Folgenden das Deichamt als Vorstand und die Deichversammlung als Verbandsversammlung bezeichnet.

§ 9
(zu § 49 WVG)
Zusammensetzung der Verbandsversammlung

- (1) Jeder angehörige Siederverband und die Gemeinde Mildstedt ist Mitglied der Verbandsversammlung und wird durch den berufenen Vertreter vertreten.
- (2) Wird der Vorsteher eines Mitgliedverbandes in den Vorstand gewählt, so wird dieser Verband durch seinen stellvertretenden Vorsteher in der Verbandsversammlung vertreten. Dieser übt das Stimmrecht aus.

§ 10
(zu § 49 WVG)
Amtszeit der Verbandsversammlung

entfallen

§ 11
(zu §§ 25, 44, 47 WVG)
Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung hat die ihm durch das Wasserverbandsgesetz, das Landeswasserverbandsgesetz und diese Satzung zugewiesenen Aufgaben. Insbesondere hat er folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder sowie ihrer Stellvertreter,
2. Beschlussfassung über Änderung der Satzung, des Unternehmens, des Planes oder der Aufgaben sowie über die Grundsätze der Geschäftspolitik,
3. Beschlussfassung über die Umgestaltung und Auflösung des Verbandes,
4. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan/den Wirtschaftsplan und Nachtragshaushaltssatzungen sowie Nachtragshaushaltspläne und Beiträge,
5. Einspruch gegen eine Zwangsfestsetzung des Haushaltsplanes oder des Wirtschaftsplanes,
6. Entlastung des Vorstandes,
7. Festsetzung von Grundsätzen für Dienst- und Anstellungsverhältnisse und von Vergütungen für Vorstandsmitglieder und Mitglieder der Verbandsversammlung,
8. Beschlussfassung über Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und dem Verband,

9. Beratung des Vorstandes in allen wichtigen Angelegenheiten,
10. Abgabe einer Stellungnahme zu einem Aufnahmeantrag gemäß § 25 Abs. 1 Buchst. a WVG,
11. Abgabe einer Stellungnahme zu einem Antrag auf Aufhebung der Mitgliedschaft zu § 25 Abs. 1 Buchst. c WVG,
12. Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen,
13. Wahl von 2 Kassenprüfern zur Vorprüfung der Jahresrechnung /oder: des Jahresabschlusses.

§ 12
(zu § 50 i.V.m. § 48 WVG)
Sitzungen der Verbandsversammlung

- (1) Der Vorstandsvorsteher lädt die Mitglieder der Verbandsversammlung schriftlich mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen ein und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist. Hierauf ist in der Ladung hinzuweisen. Der Vorstandsvorsteher unterrichtet ferner die Vorstandsmitglieder und lädt die Aufsichtsbehörde ein.
- (2) Es ist mindestens eine Sitzung im Jahr abzuhalten.
- (3) Der Vorstandsvorsteher leitet die Sitzungen der Verbandsversammlung. Er und die übrigen Vorstandsmitglieder nehmen mit beratender Stimme teil.
- (4) Sitzungen sind nicht öffentlich.

§ 13
(zu § 50 WVG)
Beschlussfassung in der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung fasst ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- (2) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsgemäßen Mitglieder anwesend und alle rechtzeitig geladen sind. Ohne Rücksicht auf Form und Frist der Ladung ist sie beschlussfähig, wenn alle Verbandsmitglieder zustimmen.
- (3) Die Beschlüsse sind in eine Niederschrift aufzunehmen, die vom Vorstandsvorsteher sowie dem Protokollführer zu unterschreiben ist. Eine Abschrift der Niederschrift ist der Aufsichtsbehörde zu übersenden.
- (4) Ist die Verbandsversammlung aufgrund der Anwesenheit von weniger als der Hälfte der Mitglieder nicht beschlussfähig, so ist unter Beachtung der Ladungsfrist eine erneute Sitzung der Verbandsversammlung anzuberaumen. Die Verbandsversammlung ist in dieser Sitzung dann auch beschlussfähig, wenn weniger als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

§ 14
(zu §§ 6, 52 WVG)

Zusammensetzung des Vorstandes (Deichamtes), Entschädigung des Vorstandes

(1) Dem Vorstand gehören ein Vorsteher und 4 weitere Mitglieder als Beisitzer an. Ein Beisitzer ist Stellvertreter des Vorstehers. Der Vorsteher führt die Bezeichnung Oberdeichgraf und die Beisitzer die Bezeichnung Deichratmänner. Die Unterverbandszugehörigkeit der Vorstandsmitglieder soll regional ausgewogen sein.

(2) Die Mitglieder des Vorstandes sind ehrenamtlich tätig. Der Vorsteher und die übrigen Mitglieder des Vorstandes erhalten eine jährliche Entschädigung, deren Höhe von der Verbandsversammlung zu beschließen ist.

§ 15
(zu §§ 52, 53 WVG)
Wahl des Vorstandes

(1) Die Verbandsversammlung wählt den Vorstandsvorsteher, den stellvertretenden Vorstandsvorsteher und 3 weitere Vorstandsmitglieder. Das Ergebnis der Wahl ist der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

(2) Gewählt werden kann

- jedes Mitglied eines der angeschlossenen Siedverbände oder einer angeschlossenen Gemeinde, das das 18. Lebensjahr vollendet hat,
- jedes ehemalige Mitglied eines der angeschlossenen Siedverbände, das im Verbandsgebiet wohnt und seinen landwirtschaftlichen Betrieb nicht mehr selbst bewirtschaftet,
- jeder Landwirt eines überwiegend im Verbandsgebiet gelegenen landwirtschaftlichen Betriebes, der im Verbandsgebiet wohnt und nicht Eigentümer des Betriebes ist,
- jede Person, die von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zur Wahrnehmung dessen Interessen entsandt ist.

(3) Gewählt wird unter Leitung des ältesten Mitgliedes der Verbandsversammlung, wenn niemand widerspricht, durch Handzeichen, sonst mit Stimmzettel. Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, findet zwischen den Bewerbern mit der höchsten Stimmzahl eine Stichwahl statt. Hier entscheidet die einfache Mehrheit, bei Stimmgleichheit das vom Wahlleiter zu ziehende Los.

§ 16
(zu § 53 WVG)
Amtszeit

(1) Die Mitglieder des Vorstandes werden auf 6 Jahre gewählt.

(2) Scheidet ein Mitglied vor dem Ablauf der Amtszeit aus, ist für den Rest der Amtszeit nach § 15 Ersatz zu wählen. Ausscheidende Mitglieder bleiben bis zum Eintritt der neuen Mitglieder im Amt.

§ 17
(zu §§ 24, 25, 44, 45, 54 WVG)
Aufgaben des Vorstandes

Der Vorstand leitet den Verband nach Maßgabe des Wasserverbandsgesetzes, des Landeswasserverbandsgesetzes und dieser Satzung. Insbesondere hat er die Aufgabe

1. über einen Aufnahmeantrag nach § 23 Abs. 1 WVG zu entscheiden,
2. über einen Antrag auf Aufhebung der Mitgliedschaft nach § 24 Abs. 2 WVG zu entscheiden,
3. zu einer Verbandszuweisung durch die Aufsichtsbehörde nach § 25 Abs. 1 Buchst. b WVG eine Stellungnahme abzugeben,
4. Ort und Zeit der Verbandsschau zu bestimmen und die Schaubeauftragten, die Aufsichtsbehörde und sonstige Beteiligte zu laden (§ 45 Abs. 1 WVG),
5. die Beseitigung der bei Verbandsschauen festgestellten Mängel nach § 45 Abs. 3 WVG zu veranlassen,
6. die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan / den Wirtschaftsplan und ihre / seine Nachträge aufzustellen,
7. die Aufnahme von Darlehen im Rahmen der Haushaltssatzung zu beschließen,
8. Verträge ab einer Höhe von 5.000,00 € - außer über Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und Verband - zu beschließen,
9. über Ausgleichszahlungen nach § 5 Abs. 2, über Ausnahmen nach § 6 Abs. 4, Genehmigungen nach § 6 Abs. 8 und Vorschriften nach § 6 Abs. 9 zu entscheiden,
10. Mitarbeiter einzustellen und zu entlassen,
11. eine Geschäfts- und Dienstordnung für die Mitarbeiter des Verbandes zu erlassen,
12. die Jahresrechnung / den Jahresabschluss aufzustellen,
13. über Widersprüche zu entscheiden.

§ 18
(zu § 56 WVG)
Sitzungen des Vorstandes

(1) Der Verbandsvorsteher lädt die Vorstandsmitglieder schriftlich mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen unter Mitteilung der Tagesordnung ein. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist. Hierauf ist in der Ladung hinzuweisen. Wer am Erscheinen verhindert ist, teilt dies unverzüglich dem Verbandsvorsteher mit. Der Geschäftsführer nimmt an den Sitzungen mit beratender Stimme teil. Die Aufsichtsbehörde ist einzuladen.

(2) Es sind mindestens zwei Sitzungen im Jahr abzuhalten.

§ 19
(zu § 56 WVG)

Beschlussfassung im Vorstand

- (1) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend und alle rechtzeitig geladen sind.
- (3) Ist eine mündliche Beratung wegen der geringen Bedeutung des Beratungsgegenstandes nicht erforderlich oder wegen der Eilbedürftigkeit nicht möglich, kann die Zustimmung der Mitglieder des Vorstandes auf schriftlichem Wege eingeholt werden (Umlaufverfahren). Beschlüsse im Umlaufverfahren bedürfen der Zustimmung aller.
- (4) Die Beschlüsse sind in die Sitzungsniederschrift aufzunehmen, die vom Vorstandsvorsteher sowie vom Protokollführer zu unterschreiben ist. Eine Abschrift der Niederschrift ist der Aufsichtsbehörde zu übersenden.
- (5) Ist der Vorstand aufgrund der Anwesenheit von weniger als der Hälfte der Mitglieder nicht beschlussfähig, so ist unter Beachtung der Ladungsfrist eine erneute Sitzung des Vorstandes anzuberaumen. Der Vorstand ist in dieser Sitzung dann auch beschlussfähig, wenn weniger als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

§ 20
(zu § 55 WVG)

Gesetzliche Vertretung des Verbandes

- (1) Der Vorstand ist gesetzlicher Vertreter des Verbandes.
- (2) Erklärungen, durch die der Verband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind von dem Vorstandsvorsteher bzw. von dem Vertreter bzw. vom Geschäftsführer des DHSV Eiderstedt handschriftlich zu unterzeichnen.
- (3) Wird für ein Geschäft oder für einen Kreis von Geschäften ein Bevollmächtigter bestellt, so bedarf die Vollmacht der Form des Absatzes 2 Satz 1 und 2. Ist eine Erklärung gegenüber dem Vorstand abzugeben, genügt es, wenn sie einem Vorstandsmitglied oder einem vertretungsbefugten Geschäftsführer gegenüber abgegeben wird.

§ 21
(zu §§ 51,55 WVG)

Aufgaben des Vorstandsvorstehers

Der Vorstandsvorsteher führt den Vorsitz im Vorstand und in der Verbandsversammlung, in letzterem ohne Stimmrecht. Er bereitet die Beschlüsse des Vorstandes vor und führt Beschlüsse des Vorstandes und der Verbandsversammlung aus. Er hat auf die Einheitlichkeit der Verwaltungsführung hinzuwirken; er leitet und beaufsichtigt den Geschäftsgang der Verwaltung und ist für die sachdienliche Erledigung der Aufgaben verantwortlich. Er ist Dienstvorgesetzter der Angestellten und Arbeiter des Verbandes.

§ 22
(zu 57 WVG)

Aufgaben des Geschäftsführers

- (1) Der Geschäftsführer führt die Geschäfte des Verbandes.
- (2) Der Geschäftsführer ist dem Vorstandsvorsteher und dem Vorstand für seine Obliegenheiten verantwortlich. Er untersteht der Dienstaufsicht des Vorstandes und unter der Aufsicht des Vorstandsvorstehers. Er hat den Vorstandsvorsteher in allen Angelegenheiten Auskunft zu geben, alle wichtigen Geschäftsvorfälle mit ihm abzustimmen, ihn zu beraten und seine Anweisungen zu beachten. Er hat an den Deichamtsitzungen und Deichversammlungen beratend teilzunehmen.
- (3) Der Geschäftsführer vertritt den Vorstand neben dem Vorstandsvorsteher in allen Geschäften der laufenden Verwaltung sowie bei Gefahr im Verzuge, wenn Entscheidungen der Verbandsorgane oder Maßnahmen des Vorstandsvorstehers oder dem Stellvertreter nicht abgewartet werden können.
- (4) Der Vorstandsvorsteher kann im Einvernehmen mit dem Geschäftsführer allgemein oder im Einzelfall die Vertretungsbefugnis für bestimmte einfach oder laufend wiederkehrende Geschäfte der laufenden Verwaltung außerdem auf weitere Mitarbeiter delegieren.
- (5) Geschäfte der laufenden Verwaltung sind insbesondere regelmäßig wiederkehrende oder nach festen Grundsätzen zu entscheidende Geschäftsvorfälle, die für den Verband von nicht erheblicher Bedeutung sind. Dazu gehören
 1. Verpflichtungserklärungen und personalwirtschaftliche Maßnahmen im Rahmen des Haushaltsplanes bis zur Höhe von 10.000,00 EUR im Einzelfall oder 500,00 EUR monatlich,
 2. Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen bis 50,00 EUR und
 3. Anordnungen im Sinne des § 68 Abs. 1 WVG.
- (6) Der Geschäftsführer und Mitarbeiter unterzeichnen im Auftrag des Vorstandes; soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung im Sinne des Absatzes 5 handelt, ist ein Dienstsiegelabdruck beizufügen.
- (7) Der Geschäftsführer hat gleichzeitig die Funktion des Geschäftsführers der Unterverbände.

3. Abschnitt Haushalt, Beiträge

§ 23 (zu §§ 65 WVG, 6, 9 und 22 LWVG) Haushalt

- (1) Die Haushaltswirtschaft des Verbandes richtet sich nach dem Zweiten Abschnitt des LWVG.
- (2) Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan/der Wirtschaftsplan sollten vom Vorstand so rechtzeitig aufgestellt werden, dass die Verbandsversammlung bis zum 31. Dezember eines Jahres die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan/Wirtschaftsplan beschließen kann, damit der Beschluss gemäß § 9 LWVG und § 34 öffentlich bekannt gemacht und die Haushaltssatzung in Kraft treten kann.
- (3) Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen des Verbandes von Nichtmitgliedern sind wie Beiträge der Mitglieder zur Bestreitung der Ausgaben zu verwenden.

§ 24 (zu § 28 WVG) Beiträge

- (1) Die Mitglieder und die Nutznießer nach § 28 Abs. 3 WVG haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind. Die Beiträge bestehen in Geld und Sachleistungen.
- (2) Verbandsbeiträge sind öffentliche Abgaben.
- (3) Für die Ortsentwässerung Mildstedt gilt eine gesonderte Abwassersatzung sowie Allgemeine Entsorgungsbedingungen mit entsprechendem Preisblatt.

§ 25 (zu § 30 WVG, § 21 LVWG) Beitragsmaßstab

- (1) Die Beitragslast verteilt sich auf die Eigentümer und Nutznießer, die Vorteile aus dem jeweiligen Unternehmen des Verbandes haben.
- (2) Der Verband hebt unterschiedliche Beitragsarten. Die Maßstäbe hierfür werden wie folgt festgesetzt:

Beitragsart	Gegenstand	Maßstab
a.) Gewässerunterhaltung einschließlich naturnaher Umgestaltung	alle Grundstücke und alle erschwerenden Anlagen	Beitragseinheit/ha (Flächenbeitrag)
b.) Kapitaleidienst	Grundflächen nach gesonderter Abrechnung in den einzelnen Ausbau- (Vorteils-) Gebieten	1 Beitragseinheit/ha
c.) Drainung und Bodenbearbeitung zur Verbesserung der Grundstücke und zum Erhalten in verbessertem Zustand	einzelne betroffene Grundstücke	tatsächlich angefallene Kosten

d.) Deichbau und -unterhaltung	alle Grundstücke des Verbandsgebietes unterhalb einer Höhenlage von 5m NN	1 Beitragseinheit/ha
e.) Bau, Betrieb und Unterhaltung von Be- und Entwässerungsschöpfwerken	bei Entwässerungs- /Unter-Schöpfwerken: alle Grundstücke im Vorteilsgebiet	1 Beitragseinheit/ha
f.) Nachteilige Einwirkungen auf den Verband	Mitglieder und Nichtmitglieder	tatsächlich angefallenen Kosten

Der Hauptverband bildet hierfür gesonderte Rechnungsabteilungen.

(3) Die Beitragslast für Naturschutz- und Landschaftspflegemaßnahmen die auf ausdrückliche Anforderung Dritter durchgeführt werden, verteilt sich nach der Höhe des jeweiligen Aufwandes auf diese Dritten (Vorteilhabenden).

(4) Neben den vorstehend genannten Beitragsarten kann der Verband gem. § 21 LWVG, von jedem Verbandsmitglied einen allgemeinen Verbandsbeitrag, dessen Höhe von der Deichversammlung festzusetzen ist, heben.

(5) Der jeweils 1.1. des laufenden Jahres ist Stichtag für die Beitragshebung mit dem an diesem Tage beim Verband vorliegenden Datenbestand des Katasteramtes Nordfriesland.

§ 26
(zu §§ 31 und 32 WVG, 21 LWVG, 108 LVwG)
Hebung der Beiträge

(1) Der Verband hebt die Verbandsbeiträge auf der Grundlage des Mitgliederverzeichnisses, des für ihn geltenden Beitragsmaßstabes und des Beitragssatzes durch Bescheid. Jeder einzelne Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Mittels elektronischer Datenverarbeitung erstellte Bescheide sind auch ohne Unterschrift gültig.

(1) Kann die endgültige Höhe des Verbandsbeitrages nicht festgesetzt werden und ist es für die Durchführung des Unternehmens und die Verwaltung des Verbandes erforderlich, kann der Vorstand Vorausleistungen auf die Verbandsbeiträge festsetzen, die nur in begründeten Fällen die Beiträge für eine Beitragseinheit überschreiten sollen.

(2) Für die Ortsentwässerung Mildstedt erfolgt die Entgelterhebung mittels gesondertem Preisblatt.

§ 27
(zu §§ 3, 11, 13, 17 und 26 LDSG)
Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten

(1) Personenbezogene Daten der Mitglieder nach § 2 und der Nutznießer nach § 28 Abs. 3 WVG dürfen vom Verband erhoben und verarbeitet werden, soweit es zur Erfüllung der Aufgaben gemäß § 3, insbesondere zur Ermittlung der Beitragspflichtigen und zur Festsetzung der Beiträge nach den §§ 23-25, erforderlich ist. Es sind dies:

1. Vor- und Familienname
2. Adressdaten (einschließlich Telefon und E-Mail-Adresse)

3. Grundstücksbezogene Daten
4. Verbrauchs- und Verschmutzungsdaten von Abwasser

Die erforderlichen Daten werden von folgenden Datenquellen/-dateien und speichernden Stellen erhoben:
z. B.

1. Katasterämter- Buchwerk
2. Gemeinden/Ämter- Einwohnermeldekartei, Grundsteuerkartei
3. untere Wasserbehörde- Verbrauchs- und Verschmutzungsdaten von Abwasser

(2) Der Verband ist außerdem berechtigt, für die Zahlung von Entschädigungen und um Gratulationen auszusprechen, Namen, Anschrift, Funktion, Kontoverbindung, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum der Mitglieder der Verbandsorgane des Verbandes bei den Betroffenen gemäß §§ 13 Abs. 1 Satz 1, 26 Landesdatenschutzgesetz zu erheben und in einer Überweisungs- und Mitgliederdatei zu speichern.

(3) Die betroffenen Mitglieder und Nutznießer sind umgehend, spätestens mit dem nächsten Beitragsbescheid über die im vorstehenden Ermächtigungsrahmen durchgeführte Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten, der Rechtsgrundlage und den Zweck der Erhebung sowie bei (anschließender) Übermittlung auch über den Empfängerkreis der Daten aufzuklären (§ 26 LDSG). Dies gilt nicht, wenn die Betroffenen auf andere Weise Kenntnis von der Verarbeitung ihrer Daten erlangt haben. Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag (§ 17 LDSG) ist die Weitergabe von Daten an Auftragnehmer nicht als Übermittlung an Dritte anzusehen. Der Wasser- und Bodenverband bleibt verantwortlich.

§ 28

(zu § 31 Abs. 3 und 4 WVG)

Folgen des Rückstandes, Verjährung

(1) Wer einen Beitrag nicht rechtzeitig leistet, kann darüber hinaus zu einem Säumniszuschlag herangezogen werden. Dieser wird wie ein Beitrag behandelt und ist mit dem rückständigen Beitrag zu entrichten. Er beträgt 1 v.H. des rückständigen Beitrages vom Fälligkeitstag ab für jeden angefangenen Monat. Die Mahngebühren werden nach § 12 der Landesverordnung über die Kosten im Vollzugs- und Vollstreckungsverfahren vom 29.06.1992 (GVOBl. Schl.Holstein § 373 ber. 442) erhoben.

(2) Für die Verjährung gelten die Vorschriften der Abgabenordnung.

§ 29

(zu §§ 262 ff. LVwG)

Zwangsvollstreckung

Für das Beitreiben der öffentlich-rechtlichen Forderungen des Verbandes (Beiträge) durch Zwangsvollstreckung gelten die Vorschriften der §§ 262 ff. des Landesverwaltungsgesetzes und der hierzu ergangenen Landesverordnung über die zuständigen Vollstreckungsbehörden.

§ 30
(zu § 28 Abs. 2 WVG)
Sachbeiträge

(1) Der Verband kann die Mitglieder zu Hand- und Spanndiensten und zu Sachleistungen für das Verbandsunternehmen heranziehen. Die Verteilung dieser Sachbeiträge richtet sich nach dem Beitragsverhältnis für die Gewässerunterhaltung, für den Schutz von Grundstücken vor Sturmflut und Hochwasser oder für Anlagen zur Be- und Entwässerung in Abhängigkeit davon, welche dieser Verbandsaufgaben die Heranziehung zu Sachbeiträgen erforderlich macht. Bei Gefahr im Verzuge genügt die Anordnung des Verbandsvorstehers. Die Zustimmung der Verbandsversammlung ist unverzüglich nachträglich einzuholen.

(2) Anlieger haben das Räumgut (§ 5 Abs. 2) innerhalb von 12 Monaten unentgeltlich einzuebnen oder zu beseitigen. Größere Aushubmengen als im Mittel 0,5 cbm je Meter Uferlänge werden vom Verband im Zuge der Unterhaltungsarbeiten eingeebnet. Eine Vergütung für eine Zwischenlagerung wird nicht gezahlt.

4. Abschnitt
Anordnungen, Zwangsmittel

§ 31
(zu § 68 WVG)
Anordnungen

Die nach § 68 WVG dem Vorstand des Verbandes zustehenden Anordnungsbefugnisse können auch von dem Verbandsvorsteher und/oder einem Vertreter wahrgenommen werden.

§ 32
(zu § 237 LVwG)
Zwangsgeld

Anstelle oder neben der Ersatzvornahme ist auch die Festsetzung eines Zwangsgeldes durch den Vorstand nach § 237 LVwG zulässig.

5. Abschnitt
Schlussbestimmungen

§ 33
Dienstkräfte
(zu § 6 Abs. 3 und § 57 WVG)

Der Verband kann zur Durchführung des Verbandsunternehmens (§ 4) nach Bedarf Beschäftigte einstellen. Die Beschäftigungsverhältnisse richten sich den jeweils gültigen Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD).

§ 34
(zu § 67 WVG, § 22 Abs. 4 LWVG, § 6 BekanntVO)
Bekanntmachungen

- (1) Bekanntmachungen des Verbandes sind unter Angabe der Bezeichnung des Verbandes von dem Vorstandsvorsteher zu unterschreiben. Für die Bekanntmachung längerer Urkunden genügt die Bekanntgabe des Ortes, an dem diese Urkunden eingesehen werden können.
- (2) Bekannt gemacht wird
1. durch Abdruck in den Husumer Nachrichten,
 2. wenn möglich durch Bereitstellung im Internet, auf einer dem Verband zugeordneten Internetseite.
- (3) Die Haushaltssatzung und Nachtragshaushaltssatzung wird den Mitgliedsverbänden zugestellt und gilt damit als bekanntgemacht.
- (4) Die Bekanntmachung in Angelegenheiten der Ortsentwässerung Mildstedt erfolgen durch das Mitteilungsblatt des Amtes Nordsee-Treene „Dat Amtsblatt“, über die Homepage des DHSV Eiderstedt sowie durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln der Gemeinde Mildstedt.

§ 35
(zu § 58 WVG)
Änderung der Satzung

- (1) Beschlüsse zur Änderung der Satzung bedürfen der Mehrheit der satzungsgemäßen Stimmen des Verbandsversammlung, Beschlüsse zur Änderung der Aufgabe des Verbandes der Mehrheit von 2/3 der satzungsgemäßen Stimmen des Verbandsversammlung. § 59 Abs. 2 WVG wird nicht berührt.
- (2) Satzungsänderungen werden von der Aufsichtsbehörde nach deren Vorschriften bekannt gemacht.

§ 36
(zu §§ 72, 75 WVG, WVG-AufsVO)
Aufsichtsbehörde

- (1) Aufsichtsbehörde ist der Landrat des Kreises Nordfriesland.
- (2) Eine Zustimmung der Aufsichtsbehörde gemäß § 75 Abs. 1 Nr. 2 und Abs.3 WVG ist nicht erforderlich zur Aufnahme von Darlehen bis zum Betrag von 10.000,00 € sowie für Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 5.000,00 €.

Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde ist notwendig:

1. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen,
2. zur Übernahme von Bürgschaften, zu Verpflichtungen aus Gewährverträgen und zur Bestellung von Sicherheiten,
3. bei Rechtsgeschäften mit einem Vorstandsmitglied einschl. der Vereinbarung von Vergütungen, soweit sie über den Ersatz von Aufwendungen hinausgehen.

§ 37
(zu § 58 Abs. 2 WVG)
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Satzung vom 07.10.2014 in Form der Bekanntmachung vom 28.10.2014 außer Kraft.

Beschlossen durch die Deichversammlung am 11.08.2015 Garding, den 11.08.2015 gez. Jan Rabeler Verbandsvorsteher Deich- und Hauptsielverband Eiderstedt	Genehmigt: Husum, den 26.08.2015 gez. Michael Hirth Der Landrat des Kreises Nordfriesland als Aufsicht des Deich- und Hauptsielverbandes Eiderstedt
Ausgefertigt: Garding, den 26.08.2015 gez. Jan Rabeler Verbandsvorsteher Deich- und Hauptsielverband Eiderstedt	Bekannt gemacht: Husum, den 03.09.2015 gez. Michael Hirth Der Landrat des Kreises Nordfriesland als Aufsicht des Deich- und Hauptsielverbandes Eiderstedt